

Stellungnahme der "Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen" zur ENP-Consultation

Sollte die ENP beibehalten werden? Sollte es weiterhin einen einheitlichen Rahmen für den Osten und den Süden geben?

Nein. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass ein einheitlicher Rahmen für Staaten mit so unterschiedlichen Ausgangspositionen und Problem nicht funktionieren kann. Das Konzept der bisherigen ENP ist gescheitert.

Sollte der bestehende Geltungsbereich beibehalten werden? Sollte die ENP flexiblere Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit den Nachbarn der Nachbarn bieten? Wie kann die EU mittels des ENP-Rahmens ihre Nachbarn in ihren Beziehungen zu ihren eigenen Nachbarn unterstützen? Was könnte verbessert werden, um die Kohärenz zwischen der ENP einerseits und den Beziehungen der EU zu Russland, zu Partnern in Zentralasien und in Afrika, insbesondere in der Sahelzone und am Horn von Afrika, sowie zu den Golfstaaten andererseits zu stärken?

Eine Flexibilisierung ist unumgänglich. Insbesondere die regionale Kooperation ist zu fördern. Die „Nachbarn der Nachbarn“ sind unbedingt mit einzubeziehen. Die Probleme des Nahen Ostens enden nicht in Jordanien und Syrien.

Wie könnte ein umfassenderer Ansatz unter verstärkter Beteiligung der Mitgliedstaaten der ENP größeres Gewicht verleihen? Würden die Partner eine verstärkte gemeinsame Verantwortung für die ENP bevorzugen?

Die Verantwortung soll in erster Linie bei den betreffenden Staaten liegen.

Ist der Abschluss von Assoziierungsabkommen und DCFTA das richtige Ziel für alle Partner oder sollten daneben auch stärker maßgeschneiderte Alternativen entwickelt werden, um den unterschiedlichen Interessen und Bestrebungen einiger Partner Rechnung zu tragen?

Assoziierungsabkommen und DCFTA sind nicht der Weisheit letzter Schluss. Eine individuelle vertragliche Ausgestaltung mag im Einzelfall Teil der Kooperation sein. Die bisherige Konzentration auf die Instrumente Assoziierungsabkommen und DCFTA war nicht zielführend. Die erhofften positiven Effekte sind nicht eingetreten oder haben sich als Elitenprojekt entwickelt.

Sind die ENP-Aktionspläne das richtige Instrument zur Vertiefung unserer Partnerschaft? Sind sie für einige Partner zu breit angelegt? Hätte die EU, hätten die Partner mehr von einer stärkeren Fokussierung und einer größeren Priorisierung?

ENP-Aktionspläne haben sich in der Vergangenheit als schwerfällig erwiesen. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, auf aktuelle Entwicklungen und Bedürfnisse rascher reagieren zu können.

Eignet sich dieser Ansatz für alle Partner? Hat er einen Mehrwert für die Beziehungen der EU zu jedem der Partner? Sind die Interessen der EU und/oder der Partner besser bedient mit einem weniger aufwendigen Berichterstattungsverfahren? Sollte die Intensität der Berichterstattung vom Grad des Engagements des jeweiligen Partners abhängen? Wie können wir die wesentlichen Elemente der ENP besser vermitteln?

Der bisherige ENP-Ansatz hat sich eben nicht für alle Partnerländer als zweckführend erwiesen. Der Mehrwert für die EU ist limitiert, der Mehrwert für die bisherigen ENP-Länder zu oft nicht erkennbar. Auch hier ist eine Anpassung an individuelle Bedürfnisse nötig.

Können die Partnerschaften gezielter auf gemeinsame Interessen fokussiert werden, um die Eigenverantwortung auf beiden Seiten zu stärken? Wie sollte die ENP die Differenzierung ermöglichen, die ein solcher Ansatz erfordern würde? Sind neue Elemente erforderlich, um die Zusammenarbeit in diesen und anderen Bereichen vertiefen zu können?

Die Konzentration auf bestimmte Interessen birgt die Gefahr des Ausschlusses heikler, sensibler Politikbereiche. Die Vergangenheit zeigt, dass in solchen Fällen wohl Bereiche mit hohem Interesse für die EU priorisiert würden. Aspekte von hoher Wichtigkeit für die ENP-Staaten wären unterrepräsentiert.

Neue Elemente der Zusammenarbeit sind nötig. Die EU hat jedoch wohl sehr wenig anzubieten – Stichwort „Beitrittsperspektive“.

Was muss in diesem Bereich, den alle ENP-Partner für besonders wichtig halten, noch getan werden? Wie kann die ENP die Migrationssteuerung stärker unterstützen und den Partnerländern dabei helfen, Nutzen aus der Mobilität zu ziehen?

Diese Frage ist ein gutes Beispiel für eine „negative“ Konzentration der Zusammenarbeit. Das Thema Migration ist vor allem ein Problem der EU. Die Bedürfnisse der ENP-Staaten werden lediglich unter dem Aspekt der „Externalisierung europäischer Interesse“ betrachtet.

Die einzig wirklich gangbare Lösung – freier Zugang zum EU-Arbeitsmarkt – kann und will die EU nicht bieten.

Wie kann die EU mehr tun, um die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den ENP-Partnerländern zu unterstützen? Wie kann die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Rolle junger Menschen gestärkt werden? Wie lässt sich die nachhaltige Beschäftigung wirksamer fördern? Und wie können diese Ziele besser mit unerlässlichen Reformen in den Bereichen Korruptionsbekämpfung, Justizreform, Governance und Sicherheit verknüpft werden, die Voraussetzung für ausländische Direktinvestitionen sind?

Auch hier zeigt sich erneut das Externalisierungs-Interesse der europäischen Zusammenarbeit. Korruptionsbekämpfung, Justizreform, Governance und Sicherheit werden mit der Aussicht auf Investitionen verknüpft. Unterstützung wird an politisches Wohlergehen gebunden.

Wie sollte die ENP Krisen und Konflikten in der Nachbarschaft begegnen? Sollten GASP- und GSVP-Maßnahmen besser in den ENP-Rahmen integriert werden? Sollte die ENP eine größere Rolle bei der Entwicklung von vertrauensbildenden und Post-Konflikt-Maßnahmen sowie von damit verbundenen Maßnahmen zum Staats- und Institutionenaufbau spielen?

Sollte die ENP stärker auf die Zusammenarbeit mit den Partnern bei der Prävention von Radikalisierung und der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität ausgerichtet werden?

Sollte der Reform des Sicherheitssektors größere Bedeutung im Rahmen der ENP beigemessen werden?

Die EU sollte generell Zurückhaltung bei GASP- und GSVP-Maßnahmen an den Tag legen. Die Ära der Kanonenbootpolitik ist vorüber. Staats- und Institutionenaufbau sind zu unterstützen und zu fördern.

Die Frage ob man mit den betreffenden Staaten zusammenarbeiten soll, sollte sich gar nicht stellen.

Die Fixierung auf den Sicherheitsaspekt ist abzulehnen. Das führt unweigerlich zu weiteren Eskalierungen. Europa sollte sich auf seine Ursprünge („Friedensprojekt“) besinnen.

Kann die multilaterale Dimension einen weiteren Mehrwert erzeugen? Sind diese Formate für ihren eigentlichen Zweck geeignet? Wie kann ihre Wirksamkeit gestärkt werden? Wären andere, flexiblere Rahmen wirksamer? Kann die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren in der Region

(Europarat, OSZE, Liga der Arabischen Staaten, Organisation der Islamischen Konferenz, Afrikanische Union) verbessert werden?

Multilateralismus ist generell zu begrüßen und zu stärken. Die bisherige Zusammenarbeit war jedoch nicht erfolgreich. Eine Kooperation auf Augenhöhe ist unabdingbar.

Wie sollte die Zivilgesellschaft im weitesten Sinne stärker in die ENP einbezogen werden? Kann mehr getan werden, um bestimmte Bevölkerungsteile in den Partnerländern zu vernetzen?

Was kann noch getan werden, um Wirtschaftskreise stärker miteinander zu verbinden? Wie können die Verbindungen mit und zwischen den Sozialpartnern (Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen) gestärkt und der Sozialdialog unterstützt werden? Wie können die Verbindungen zwischen Wissenschaftlern, Hochschulen, Kommunalbehörden, Frauen, jungen Menschen und den Medien gefördert werden?

Die Zivilgesellschaft ist auf allen Ebenen zu fördern und einzubeziehen. Wie dies geschehen kann und soll muss aus den jeweiligen zivilgesellschaftlichen Bewegungen heraus selbst formuliert und definiert werden.

Ein massiver Austausch von relevanten Personen wäre hilfreich (Austauschprogramme, grenzüberschreitende Ausbildungsmöglichkeiten etc.).

Wie kann die ENP mehr tun, um den religiösen Dialog und die Achtung kultureller Vielfalt zu fördern und Vorurteilen entgegenzuwirken? Sollte die Förderung des gegenseitigen kulturellen Verständnisses ein spezifisches Ziel der ENP bilden, und wenn ja, wie sollte es verwirklicht werden? Wie kann die ENP zur Bewältigung der Diskriminierung benachteiligter Gruppen beitragen?

Auch hier gilt: kein „spezifisches“ Ziel sondern „ein“ Ziel. Dialog und Respekt sollten eine Selbstverständlichkeit sein. Nicht nur in religiösen Belangen.

Sollte die EU mit der Zeit die Möglichkeiten zur Schaffung neuer Formate für die Beziehungen zu ihren Partnern ausloten, um die Erwartungen und Aspirationen der Länder zu befriedigen, die den Abschluss von Assoziierungsabkommen nicht als Schlusspunkt der politischen Assoziierung und der wirtschaftlichen Integration betrachten?

Wie sollte die EU den beim Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft im Jahr 2013 in Vilnius erteilten Auftrag zur langfristigen Schaffung eines größeren gemeinsamen Raums des wirtschaftlichen Wohlstands auf der Grundlage der WTO-Regeln und von souveränen Entscheidungen von Staaten in ganz Europa und darüber hinaus weiter umsetzen?

Besteht im Rahmen der ENP Spielraum für eine Art variabler Geometrie mit unterschiedlich gestalteten Beziehungen für die Partner, die einen unterschiedlichen Grad an Zusammenarbeit anstreben?

Es sollten alle Möglichkeiten ausgelotet werden.

Im Rahmen der bestehenden ENP existiert kein Spielraum für eine „variable Geometrie“. Die bisherige ENP ist gescheitert. Die Ausgestaltung der künftigen Beziehungen muss auf die individuellen Bedürfnisse der souveränen Partnerländer ausgelegt sein. Die in Frage kommenden Staaten und Regionen müssen von sich aus ihre Bedürfnisse formulieren. Die EU sollte aufhören, mit „fertigen“ Konzepten ihre Partner zu konfrontieren. Daher ist die bestehende ENP umgehend zu beenden und ein Dialog mit den betreffenden Staaten, Regionen und ihren jeweiligen Zivilgesellschaften zu starten. So gesehen ist auch die laufende Konsultation ein Instrument des europäischen Herrschaftsanspruchs: Es sollten nicht primär die europäischen Interessenverbände gefragt werden. Man sollte zuerst die Partner zu Wort kommen lassen.

Wien, 30.6.2015

Fritz Edlinger, Generalsekretär